Fachkräfte stärken und Ganztag sichern: Ergänzende Maßnahmen für Förderschulen „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung“ in Nordrhein-Westfalen zu „NRW muss funktionieren! Verlässlichen Ganztag an Förderschulen sicherstellen: Mehr Fachkräfte für Bildung, Betreuung und Teilhabe an Schulen mit Förderschwer-punkt „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung“ Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/14544

Drucksache **18/18246** · eingebracht 2026-03-18 — Antragsteller: SPD

Bildung | Inklusion | Soziales | Arbeitsmarkt

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine systemische Fachkräftestrategie für Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige und Körperlich-motorische Entwicklung, um den gebundenen Ganztag, die Ferienbetreuung und die sonderpädagogische Förderung verlässlich und inklusiv zu sichern.

KERNFORDERUNGEN

- Deprofessionalisierung durch Erlass stoppen
- Studienplatzoffensive bedarfsorientiert ausweiten
- Verbindliche Qualifizierung für Seiteneinsteiger
- Kostenfreie, inklusive Ferienbetreuung
- Langfristiges Gesamtkonzept zur Fachkräftesicherung

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag setzt sich konsequent für inklusive Bildung, soziale Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein. Er adressiert systemisch den Fachkräftemangel an Förderschulen, fordert Qualifizierung statt Deprofessionalisierung, verbindliche Ferienbetreuung und evidenzbasierte Steuerung — alles Kernfelder der GWÖ-Matrix. Besonders stark sind die Bezüge zu D1 (Menschenwürde durch inklusive Teilhabe), D4 (soziale öffentliche Leistung durch verlässlichen Ganztag) und C3 (ökologische Nachhaltigkeit indirekt über langfristige Systemstabilität). Kein Feld weist einen negativen Wert auf.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konsequente Fokussierung auf Menschenwürde und Inklusion
- Systemische Diagnose statt Symptombehandlung
- Starke Verankerung in SPD- und Grünen-Wahlprogrammen
- Präzise Forderungen nach Rechtsverbindlichkeit und Evaluation

Schwächen

- Keine explizite Verknüpfung mit Klima- und Umweltdimensionen (z.B. Barrierefreiheit als Teil ökologischer Nachhaltigkeit)
- Fehlender Bezug zur digitalen Inklusion (z.B. assistive Technologien im Ganztag)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	++	++	·
D · BÜRGER:INNEN	++	·	·	++	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	++	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde im Schulalltag** `Bewertung: +5`

Inklusion als Recht, nicht als Zugeständnis; Schutz vor Diskriminierung durch strukturelle Absicherung

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +5`

Verlässlicher gebundener Ganztag & kostenfreie Ferienbetreuung als Daseinsvorsorge für Kinder mit komplexem Förderbedarf

C3 **Gute Arbeit für pädagogisches Personal** `Bewertung: +4`

Attraktive Karriereperspektiven, Eingruppierung nach Verantwortung, Entlastung von Verwaltung

C4 **Soziale Gerechtigkeit in der Verwaltung** `Bewertung: +4`

Systematische Fachkräftestrategie statt Notlösungen; Transparenz durch Datenerhebung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag spiegelt Kernforderungen des SPD-Wahlprogramms 2022 wider: Inklusion als systemische Aufgabe (Q4), Ganztag als Rechtsanspruch und Lebensmittelpunkt (Q7), soziale Durchlässigkeit (Q8), sowie die Stärkung der pädagogischen Fachkräfte (Q1–Q3). Alle zentralen Punkte wie Ferienbetreuung, multiprofessionelle Teams und Qualifizierung sind direkt abgebildet.

> „Wir wollen Schulen, in denen Kinder mit körperlichen, geistigen oder emotionalen Herausforderungen jederzeit willkommen sind. Nicht die Kinder und ihre Eltern sind das Problem, sondern die aktuellen Rahmenbedingungen."
> SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 28

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Hamburger Programm betont Inklusion (Q27), soziale Durchlässigkeit (Q8), Weiterbildung (Q9) und gute Arbeit (Q10). Der Antrag konkretisiert diese Prinzipien für den sonderpädagogischen Bereich — nur geringfügig weniger stark verankert als im Wahlprogramm.

> „Wir wollen die Ganztagsschule ausbauen – als Ort des Lernens und des sozialen Miteinanders. Sie wird neben der Familie zu einem Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen."
> SPD Grundsatzprogramm 2007, S. 64

CDU

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag ist mit CDU-Wahlprogramm 2022 kompatibel: Familienzentren (Q12), Offener Ganztag (Q13), Fachkräftesicherung (Q11/Q14) und multiprofessionelle Unterstützung (Q12) werden angesprochen. Allerdings fehlt der explizite Bezug zur 'Leistungsorientierung' oder zum 'differenzierten Schulsystem', was eine volle Übereinstimmung verhindert.

> „Wir unterstützen die Entwicklung von Grundschulen zu sozial-räumlichen Knotenpunkten und einer Anlaufstelle für Familien sowie zu Orten der Begegnung, Beratung und Begleitung für Kinder und ihre Eltern."
> CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 68

PARTEIPROGRAMM

7/10

CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Schutz vor Extremismus (Q18), duale Ausbildung (Q19) und soziale Verantwortung (Q17). Der Antrag entspricht dem Subsidiaritätsprinzip (Q16) und der Verantwortung für vulnerable Gruppen, aber nicht dem Leistungsprinzip als primärem Steuerungskriterium.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag entspricht vollständig grünen Kernpositionen: Inklusion als selbstverständlicher Standard (Q24/Q27), multiprofessionelle Teams (Q23), Ganztag als Rechtsanspruch (Q23), Ferienbetreuung als inklusives Angebot (Q23), und Qualitätsstrategie statt kurzfristiger Notlösungen (Q21/Q22).

> „Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder die Chance auf eine beitragsfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern Familie und Beruf vereinbaren können."
> Grüne NRW Wahlprogramm 2022, S. 64

PARTEIPROGRAMM

10/10

Das Grundsatzprogramm 2020 fordert explizit inklusive Bildung (Q27), flächendeckende frühkindliche Bildung (Q26), Rechtsanspruch auf Weiterbildung (Q30) und qualifizierte Fachkräfte (Q28). Der Antrag ist eine direkte Umsetzung dieser Leitideen.

> „Alle Kitas und Schulen in Deutschland sollen sich zu inklusiven Orten weiterentwickeln. Das muss sich in einer ausreichenden Anzahl an entsprechend ausgebildeten Mitarbeiter*innen widerspiegeln."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 94

FDP

WAHLPROGRAMM

4/10

Der Antrag widerspricht zentralen FDP-Positionen: Er fordert staatliche Regulierung (berufsbegleitende Zusatzqualifikationen, verbindliche Profile), nicht marktbasierte Lösungen; kritisiert 'Deprofessionalisierung' statt Bürokratieabbau; und setzt auf Planung statt Eigenverantwortung. Zwar gibt es Berührungspunkte bei Digitalisierung (Q22), aber keine inhaltliche Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

3/10

FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont Freiheit, Eigenverantwortung und Marktwirtschaft (Q31–Q35). Der Antrag verlangt staatliche Steuerung, verbindliche Qualifikationen und kollektive Verantwortung — fundamentaler Widerspruch zu 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 1/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er fördert Inklusion, Gender-Neutralität ('Schülerinnen und Schüler'), und staatliche Intervention — alles entgegen AfDs Fokus auf 'Leistungsprinzip', 'deutsche Kultur' und Ablehnung von 'Ideologie'. Keine Übereinstimmung mit Bildungs-, Migrations- oder Energiepolitik.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf kostenfrei, inklusiv und wohnortnah sicherzustellen.

die Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf kostenfrei, inklusiv, barrierefrei und wohnortnah sicherzustellen, unter Einbindung von Jugendhilfe, freien Trägern und kommunalen Einrichtungen gemäß § 72 SGB VIII.

Begründung: Stärkt ökologische Nachhaltigkeit (E3) durch klare Verankerung im SGB-VIII-Rahmen und verbessert Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch rechtliche Verbindlichkeit.

Vorschlag 2 von 3

Original: eine transparente Datenerhebung über unbesetzte Fachlehrerstellen, Unterrichtsausfall und Ganztagsversorgung einzuführen

eine transparente, jährlich veröffentlichte Datenerhebung über unbesetzte Fachlehrerstellen, Unterrichtsausfall, Ganztagsversorgung und deren Verteilung nach Region, Schwerpunkt und sozialem Index einzuführen

Begründung: Verbessert soziale Gerechtigkeit (D4) durch sozialräumliche Differenzierung und ermöglicht gezielte Interventionen in benachteiligten Regionen.

Vorschlag 3 von 3

Original: die Studienplatzoffensive NRW spezifischer im Bereich Sonderpädagogik auszuwerten

die Studienplatzoffensive NRW spezifischer im Bereich Sonderpädagogik auszuwerten und regionale Kapazitätslücken mittels dynamischer, bedarfsorientierter Zuweisung von Studienplätzen zu schließen

Begründung: Stärkt Solidarität (D2) durch gerechte Ressourcenverteilung und erhöht die Wirksamkeit der Fachkräftestrategie (C3).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen die Empfehlung dieses Werkzeugs — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-118

Ja: SPD Nein: AfD CDU GRÜNE Enth.: FDP

Original-Antrag

Drucksache 18/18246

Fachkräfte stärken und Ganztag sichern: Ergänzende Maßnahmen für Förders·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/18246**

17.03.2026

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Fachkräfte stärken und Ganztag sichern: Ergänzende Maßnahmen für Förderschulen „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung“ in Nordrhein-Westfalen

zu „**NRW muss funktionieren! Verlässlichen Ganztag an Förderschulen sicherstellen: Mehr Fachkräfte für Bildung, Betreuung und Teilhabe an Schulen mit Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ und „Körperlich-motorische Entwicklung“**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 18/14544

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildung
Drucksache 18/18029

I. Ausgangslage

Der gebundene Ganztag an Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung (GE) und Körperlich-motorische Entwicklung (KME) ist in Nordrhein-Westfalen vielerorts nicht verlässlich abgesichert. Die aktuelle Umfrage der GEW NRW zeigt eine erhebliche Belastung des gebundenen Ganztags an Förderschulen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in den Förderschwerpunkten geistige sowie körperlich-motorische Entwicklung. An den knapp 500 Förderschulen sind rund 1.100 Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sowie etwa 250 Fachlehrkräfte unbesetzt. 42 Prozent berichten, dass mindestens ein Nachmittag pro Woche wegen Personalmangels gekürzt wird oder ausfällt. Besonders alarmierend ist, dass 17 Prozent dies bereits an drei oder mehr Nachmittagen pro Woche betrifft. Besonders betroffen ist der Schwerpunkt geistige Entwicklung. Auch im Offenen Ganztag fehlen Plätze: Über ein Drittel der Befragten gibt an, dass in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich mehr als zehn Kinder pro Schule keinen Platz erhalten haben. Neben dem Personalmangel mangelt es zudem an geeigneten Räumlichkeiten.[1]

Jüngst berichtet die Presse über den Mangel an Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen und der daraus entstehenden Unterrichtsverkürzung im gebundenen Ganztag an den Förderschulen im Regierungsbezirk Detmold, bei denen die Unterrichtszeit im gebundenen Ganztag montags bis donnerstags von 15:00 Uhr auf 14:00 Uhr und freitags auf

[1] https://www.gew-nrw.de/neuigkeiten/detail/gew-nrw-umfrage-zum-ganztag-an-foerderschulen

Datum des Originals: 17.03.2026/Ausgegeben: 18.03.2026

12:15 Uhr verkürzt wurde.[2] Der anhaltende Fachkräftemangel, zu geringe Ausbildungskapazitäten sowie strukturelle Versäumnisse in der Personalplanung gefährden Unterricht, Förderung und Teilhabe von Schülerinnen und Schülern mit komplexem Unterstützungsbedarf. Das Phänomen ist in Nordrhein-Westfalen nicht neu. Auch an anderen Förderschulstandorten haben sich Eltern öffentlich protestierend geäußert, etwa im Oktober 2023 an der Förderschule am Nordpark in Wuppertal, wo sie sich direkt an Ministerin Dorothee Feller wandten. Für das Jahr 2023 ist zudem eine schriftliche Mitteilung eines Elternteils zur Unterrichtskürzung an der Liberiusschule Marsberg bekannt. Vergleichbare Fälle gab es 2024 auch in Herne an der neu bezogenen Schule an der Forellstraße.[3]

Insgesamt wurden 750 zusätzliche Studienplätze geschaffen, davon über 350 zwischen 2021 und 2023 – verbunden mit einem klaren finanziellen und strukturellen Ausbau. Laut einer Studie bleibt die tatsächliche Wirkung jedoch hinter dem Ausbau zurück: Ein zusätzlicher Studienplatz führt im Durchschnitt nur zu 0,35 zusätzlichen Einschreibungen. Seit 2021 sinkt die Auslastung kontinuierlich und liegt inzwischen unter 90 Prozent. Im Grundschullehramt war die Offensive dagegen deutlich erfolgreicher. Insgesamt zeigt sich ein Ungleichgewicht zwischen Kapazitätsaufbau und realer Nachfrage im sonderpädagogischen Lehramt. Zudem bestehen regionale Unterschiede: Während Standorte wie Siegen und Dortmund weiterhin überbucht sind, bleiben andere deutlich unter den bereitgestellten Kapazitäten.

Anstatt eine langfristige und kohärente Fachkräftestrategie, welche sich auf Multiprofessionelle Teams inkl. der Sonderpädagogen bezieht, vorzulegen, hat das Ministerium für Schule und Bildung im März 2025 einen Erlass zur Öffnung des Bewerberkreises für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen veröffentlicht. Dieser ermöglicht den Einsatz von Personen ohne abgeschlossene Fachlehrerausbildung gemäß § 41 LVO beziehungsweise der APO-FLFS.[4] Eine verbindliche, berufsbegleitende Zusatzqualifikation ist nicht systematisch vorgesehen.

In der Anhörung am 9. Dezember 2025 wurde deutlich, dass diese Maßnahme keinen strukturellen Beitrag zur nachhaltigen Fachkräftesicherung leistet, sondern lediglich einen kurzfristigen, punktuellen Eingriff darstellt.[5] Eine übergreifende, langfristig angelegte Fachkräfte- und Qualitätsstrategie für Förderschulen wurde seitens der Landesregierung bislang nicht vorgelegt.

Die aktuelle Praxis führt faktisch zu einer Deprofessionalisierung der Berufsgruppe. Personen ohne spezifische Ausbildung übernehmen dieselben Aufgaben wie qualifizierte Fachlehrerinnen und Fachlehrer – darunter Unterricht, Förderplanung, Diagnostik und Ganztagsbetreuung –, ohne dass Ausbildung, Eingruppierung und Verantwortungsrahmen entsprechend geregelt sind. Dies schafft rechtliche Widersprüche, verunsichert Beschäftigte und belastet die Schulen zusätzlich. Zugleich werden die Ausbildungskapazitäten an den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung (ZfsL) nicht im notwendigen Umfang ausgeweitet. Der strukturelle Fachkräftemangel wird dadurch nicht behoben, sondern administrativ überdeckt.

[2] https://www.westfalen-blatt.de/owl/bielefeld/foerderschule-eltern-protest-lehrer-mangel-neubau-versetzung-3499189?pid=true&ueg=default
[3] https://www.waz.de/lokales/herne-wanne-eickel/article407256452/eltern-schlagen-alarm-an-herner-schule-herrscht-chaos.html
[4] Vgl.: https://www.schulministerium.nrw/system/files/media/document/file/oeffnung_bewerberkreis_fachlehrkraefte_an_foerderschulen_250327.pdf
[5] Vgl.: http://landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=MMA18%2F1091|1|1&Id=MMA18%2F1091|3|19&Id=MMA18%2F1091|21|22

Auch im Bereich der Ferienbetreuung zeigt sich das Fehlen eines abgestimmten Gesamtkonzepts. Zuständigkeiten zwischen Schulen, Kommunen, Jugendhilfe und freien Trägern sind häufig unklar, Angebote uneinheitlich und teilweise kostenpflichtig. Für Familien von Kindern mit komplexem Förderbedarf bedeutet dies fehlende Planungssicherheit und eingeschränkte Teilhabe. Eine verlässliche, inklusive Ferienbetreuung erfordert jedoch verbindliche rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmenbedingungen sowie qualifiziertes Personal.

Nordrhein-Westfalen benötigt daher eine nachhaltige, systematisch aufgebaute Fachkräfte- und Qualitätsstrategie für Förderschulen, die Ausbildungskapazitäten erweitert, Qualifizierung verbindlich regelt, berufliche Perspektiven stärkt und die Ganztags- sowie Ferienangebote dauerhaft absichert.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- der Ganztag an Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung sowie Körperlich-motorische Entwicklung weiterhin erheblich unter Personalmangel leidet und Fachlehrerinnen und Fachlehrer in der Praxis häufig eigenständigen Unterricht sowie Aufgaben in Förderplanung, Diagnostik und Ganztagsbetreuung übernehmen, obwohl dies rechtlich und formal nicht vorgesehen ist.
- die Studienplatzoffensive NRW für die sonderpädagogischen Studiengänge mit einer Auslastung von unter 90 Prozent bislang nicht ausreicht, um den aktuellen Bedarf zu decken.
- der Erlass des Ministeriums für Schule und Bildung zur Öffnung des Bewerberkreises für Fachlehrerinnen und Fachlehrer keinen strukturellen Beitrag zur nachhaltigen Fachkräftesicherung leistet, sondern einen punktuellen Eingriff darstellt, der faktisch zu einer Deprofessionalisierung der Berufsgruppe führt.
- Personen ohne abgeschlossene Fachlehrerausbildung in denselben Tätigkeitsfeldern wie qualifizierte Fachlehrerinnen und Fachlehrer eingesetzt werden, ohne dass verbindliche Zusatzqualifikationen oder klar definierte Aufgabenprofile vorgesehen sind.
- die derzeitige Regelung Widersprüche zu Laufbahn- und Ausbildungsordnungen (LVO, APO-FLFS) schafft und zu Unsicherheiten bei Beschäftigten, Schulen und Schulaufsichten führt.
- die Ausbildungskapazitäten an den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf an Fachlehrerinnen und Fachlehrern zu decken.
- ohne qualifizierte Fachkräfte Unterricht, Förderung, Diagnostik, Therapie sowie Betreuung im Ganztag und in den Ferien nicht verlässlich gewährleistet werden können.
- die Organisation der Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf uneinheitlich, teilweise kostenpflichtig und häufig nicht wohnortnah ausgestaltet ist und Zuständigkeiten zwischen Schulen, Kommunen, Jugendhilfe und freien Trägern nicht ausreichend abgestimmt sind.
- die Attraktivität des Berufs, die Ausbildungsbedingungen und die berufliche Anerkennung weiterentwickelt werden müssen, um qualifizierte Fachkräfte langfristig zu gewinnen und zu halten.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

- die Studienplatzoffensive NRW spezifischer im Bereich Sonderpädagogik auszuwerten und nachgefragte Studienstandorte für z.B. Dortmund oder Siegen die Studienplätze kurzfristig zu erhöhen.
- den Erlass zur Öffnung des Bewerberkreises zu überarbeiten und die Berufsbezeichnung Fachlehrer bzw. Fachlehrerin ausschließlich Personen mit abgeschlossener Fachlehrerausbildung vorzubehalten.
- für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger verbindliche berufsbegleitende Zusatzqualifikationen sowie klar definierte Aufgaben- und Kompetenzprofile festzulegen.
- die Zahl der Ausbildungsplätze für Fachlehrerinnen und Fachlehrer an Förderschulen an den Zentren für schulpraktische Lehrkräfteausbildung deutlich zu erhöhen.
- die berufliche Eingruppierung sowie Beförderungsmöglichkeiten an die tatsächlichen Aufgaben, die Verantwortung und die Qualifikation anzupassen und attraktive Karriereperspektiven sowie Mentoring- und Einarbeitungsstrukturen zu schaffen.
- eine transparente Datenerhebung über unbesetzte Fachlehrerstellen, Unterrichtsausfall und Ganztagsversorgung einzuführen, um die Fachkräfteplanung evidenzbasiert steuern zu können.
- die Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf kostenfrei, inklusiv und wohnortnah sicherzustellen.
- eine verpflichtende, frühzeitige Abstimmung aller Kostenträger – Schulen, Kommunen, Jugendämter und freie Träger – zu gewährleisten, um Planungssicherheit und Transparenz für Familien zu schaffen.
- verbindliche Qualitäts- und Rahmenbedingungen für eine inklusive und barrierefreie Ferienbetreuung zu schaffen.
- die Qualitätsfolgen des Erlasses auf Unterrichtsversorgung, Ganztagsbetreuung und sonderpädagogische Förderung wissenschaftlich unabhängig evaluieren zu lassen und die Ergebnisse dem Landtag vorzulegen.
- ein umfassendes, langfristig angelegtes Gesamtkonzept zur Fachkräftesicherung an Förderschulen vorzulegen, das Ausbildung, Nachwuchsgewinnung, Qualifizierung, Entlastungsmaßnahmen und Haltestrategien systematisch miteinander verzahnt.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer
Dilek Engin
Dr. Bastian Hartmann
Silvia Gosewinkel

und Fraktion